

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. Arnold, Dresden.

Verlagsamt: Leipzig.  
Nr. 20613.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Spargelohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen jährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 22. 7. 10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferstr. 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferstr. 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeitspalte mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 277.

Dresden, Donnerstag den 28. November 1918.

29. Jahrg.

## Die Gefahren für Deutschlands Einheit.

Die Parteileitung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht einen Aufruf, der sich mit der Frage der konstituierenden Nationalversammlung befaßt. Ein Brief es u. a.:

Von einer konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn es feststeht, daß die Bevölkerung auf Grund des Waffenstillstands besetzten Gebiete frei und ungehindert wählen kann. Da wird es jemand wagen, diesen das Wahlrecht zu entziehen? Es dürfen bei einem solch wichtigen Akt nicht infolge Ueberstürzung Wahlberechtigte unreguliert wählen. Eine Wahl hat nur dann Wert, wenn die Wähler auch über die ihr zugrundeliegenden politischen Fragen aufgeklärt werden. Die Sozialdemokraten im Lande wissen sehr gut, daß die Wähler, wenn sie nicht zur Kammer gemacht werden soll, nicht in Kürze frei vorgenommen werden kann. Die Reichssozialisten sind nicht schuld an diesem Verbrechen der Sozialdemokraten, wenn sie in der Erklärung der Arbeiterfreunde nach sofortiger Konstituante einstimmen.

Die Herrschaften von der unabhängigen Partei treiben ihren Widerstand gegen die sofortige Einberufung der Nationalversammlung ein für das deutsche Volk gefährliches Spiel, das nicht weniger schmerzhaft ist als das, das Ludendorff und Konsorten lange Jahre hindurch mit dem deutschen Volk gespielt haben. Wer nicht Scheuflappen vor den Augen hat, muß einsehen, wie ungeheuer viel für das deutsche Volk auf dem Spiele steht, und daß es geradezu ein Verbrechen an dem deutschen Volk wäre, wenn man die Einberufung der Nationalversammlung verzögerte. Die Entente hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß es keine Frieden und kein Brot gibt, wenn in Deutschland nicht klare und gezielte Verhältnisse geschaffen werden, und das kann nur geschehen, wenn die Nationalversammlung so bald wie möglich zusammentritt. Außerdem ist die Einheit Deutschlands in Gefahr. Wir wissen heute befürchten, daß Deutschland in seine Bestandteile zerfallen wird und wie in vergangene Jahrhunderte in einem kleinen hilflosen Kleinstaat wird. Wie der neue Garant meldet, arbeitet die Entente bereits an einem Sonderbund mit den südlichen und rheinischen Gebietsteilen Deutschlands.

Während vor dem Kriege wohl jeder Deutsche den Gedanken an eine Zerklüftung des einheitlichen Deutschlands mit Entrüstung zurückgewiesen hätte, scheint jetzt in manchen Kreisen unseres Landes starke Reigung zu einer Absonderung zu sein. Man könnte es niemand verdenken, wenn hier eine Parteilinie Deutschlands leben, als sich einer schicksalhaften Verdrängung fügen wollte. Zudem ist die Entente mit ihren Forderungen bereits an der Arbeit. Wie das bündische Vaterland meldet, sollen den Rheinländern den Fall einer Absonderung Vorteile, wie gute Handelsbeziehungen, teilweise oder ganze Erlassung der Kriegsschulden, sofortige und reichliche Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, angeboten werden.

Die Forderungen, die gegen eine baldige Zusammenberufung der Nationalversammlung erhoben werden, sind leere Redereien. Selbst wenn sich die Wahl nicht so korrekt vollziehen könnte, wie wir es wünschen, selbst wenn hier oder da durch die herrschenden Schwierigkeiten es dem einen oder dem anderen Wähler unmöglich sein sollte, sein Wahlrecht auszuüben, so wäre das lange für das deutsche Volk kein so großes Unglück, als wenn nach viele Monate ins Land gehen, ohne daß wir eine Aderpflanzung besitzen, in der der Wille der Massen des deutschen Volkes zum Ausdruck kommt.

Aber die Leute von der unabhängigen Partei haben nicht den Mut und nicht Einsicht genug, mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit gegen den bolschewistischen Wahnwitz, der durch das Land geht, den Kampf aufzunehmen. Statt immer wieder und immer wieder darauf hinzuweisen, welche Gefahren dem deutschen Volk drohen, wenn wir nicht bald geordnete Verhältnisse bekommen, liebäugeln sie mit dem Bolschewismus. Und wenn sie auch nicht mehr wagen, sich die sogenannten Kommunisten gegen die Nationalversammlung zu wenden, so suchen sie doch den Termin ihres Zusammentritts möglichst weit hinauszuschieben. Man kann im Interesse des deutschen Volkes nur wünschen, daß die Entscheidung über die gemeindefürlichen Quartierverordnungen dieser Herren zur Tagesordnung übergeht. Die Politik dieser Leute ist geeignet, das deutsche Volk in einen Abgrund des Ruins und der Glend zu führen, aus dem es keinen Ausweg mehr gibt.

### Ein neuer Rheinbund?

Das, 27. November. Der Rhein-Courant schreibt: Die Entente arbeitet bereits an einem Sonderbunde aus den südlichen und rheinischen Gebietsteilen Deutschlands. Wenn Berlin diesem Sonderbund nicht Ablehnung erteilt, würde man bald vor unabweisbaren Ereignissen stehen. Aus der letzten Note Ludendorffs kann man entnehmen, daß eine Förderung bolschewistischer Grundzüge nur zur Erhöhung des Glend in deutschen Volk beitragen könnte.

Das, 27. November. Der Saarland schreibt: Das neue Deutschland muß gleichzeitig drei Gefahren, der bolschewistischen Erdrückung, der Hungernot und der staatlichen Zersplitterung die Stirn bieten. Ueber die Gefahr des Zerfalls des Deutschen Reichs schreibt das Blatt: Aus verschiedenen Anzeichen ist zu ersehen, daß die Feinde Deutschlands, besonders Frankreich, auf die Absonderung deutscher Landesteile vom Staatsganzen hinarbeiten. Es wird die Lösung ausgegeben, daß Europa vor einem neuen Kriege, den ein erstarbtes Deutsches Reich beginnen könnte, bewahrt werden müsse. In dieser Richtung werde vorgearbeitet. Es werden dem Rheinlande für den Fall seiner Absonderung Vorteile angeboten werden, wie die Handelsbeziehungen mit Frankreich, teilweise oder ganze Befreiung von der Zahlung der Kriegsschulden, sofortige reichliche Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen für die Industrie. Wenn die Kriegsschulden bereits in Anwendung gebrachte Methode während der Besatzungszeit im Rheinlande systematisch und geschickt durchgeführt werde, könnte sie überraschende Resultate ergeben.

### Der Arbeiter- und Soldatenrat in der Öffentlichkeit.

Nachdem der Dresdner Arbeiter- und Soldatenrat durch die glänzend verlaufenen Neuwahlen aus dem Provinzrat herausgetreten ist, hat er seine Beratungen in der Öffentlichkeit gerückt. Obwohl das gestern bei der ersten öffentlichen Sitzung noch nicht genügend bekannt sein konnte, waren die Tribünen zum Brechen gefüllt — ein Zeichen dafür, mit welchem Interesse und mit welchen Hoffnungen seine Verhandlungen von der Bevölkerung verfolgt werden. Freilich spielt auch der Reiz des Neuen stark mit, doch dürfte dieser wohl kaum lange nachhalten, wenn schon in den kommenden Sitzungen die nüchternen Beratungen über praktische Fragen die Lage beherrschen werden. Gestern freilich ging es recht lebhaft her, wozu die Gegensätze zwischen den beiden Richtungen und etwas auch die Radikalierung der Wahlen den Anlaß gaben.

Auf den Blättern, wo seither die Landtagsabgeordneten gelesen haben, hatten die Vertreter der Arbeiter und Soldaten vollständig Platz genommen. Nach den Wahlen des Provinzrats wurde ein Wahlprotest durch Einlegung eines Prüfungsantrages erledigt und dadurch ein Verlust der übrigen gebildeten drei Unabhängigen vereitelt, die seit durch Vorbringen ihrer Wahlprüfungen unnütz in Anspruch zu nehmen.

Danach gab Genosse Gradnauer als Volksbeauftragter für Justiz einen Bericht über die Haltung der Regierung zur Einberufung des Landesparlamentarats, wobei zum Ausdruck kam, daß Leipzig nur durch Unabhängige, Dresden nach der verhältnismäßigen Stärke der beiden Gruppen und die übrigen drei Kreise paritätisch vertreten sein sollten. Man merkte hier das Bestreben der Unabhängigen heraus, sich auf beide Weise noch eine — berechnete Mehrheit im Landesparlament zu sichern. Damit hat sich die sozialdemokratische Gruppe nicht einverstanden erklären können; sie fordert grundsätzlich die Verhältniswahl für alle Kreise, hatte aber um einen baldigen Zusammentritt der Landeszentrale zu ermöglichen, den Vermittlungsvorschlag gemacht, die Vertretung in der bisherigen Weise für eine provisorische Tagung bestehen zu lassen, den überhaupt noch nicht vertretenen Kreis Bautzen aber freizustellen, die ihm zustehenden Vertreter nach freiem Ermessen zu wählen. Das war angesichts der Sachlage, besonders des Wahlausfalls in Dresden, ein weites Entgegenkommen, das nur allem einen Zusammentritt der Landeszentrale zu dem vorgelebten Zeitpunkt ermöglicht hätte.

Damit war aber der Volksbeauftragte Lipinski nicht einverstanden; er erklärte vielmehr, der Landesrat werde dann unter Kompetenzstreit wieder ergebnislos auseinandergehen. Das kann doch nur so verstanden werden: Lipinski, der übrigens gestern nicht wie ein Volksbeauftragter, sondern wie ein unabhängiger Gruppenleiter sprach, beklagte, daß eine ihm und den Unabhängigen nicht genehme Mehrheit zustande kommen könne, wenn Bautzen nicht gezwungen werde, wenigstens zwei Unabhängige zu entsenden, und für diesen Fall wollen die Unabhängigen die Landbesetzung nach bekanntem Vorbild wieder sprengen. Lipinski scheint auch damit zu rechnen, daß den Unabhängigen die Dringlichkeit der Aufgaben und die damit verbundenen Gefahren für die Revolution ganz gleich sind, wenn sie nicht ihren Willen mit künstlich aufrechterhaltenen Mehrheiten durchsetzen können. Ob er ein solch terroristisches Treiben selbst billigen würde, darüber ließ er sich zwar nicht direkt aus, seine ganzen Ausführungen waren aber so gehalten, daß dieser Schluß nahe liegt. Denn er war bemüht, statt des Einigen zu betonen, die Gegenläufigkeit nicht nur in übertriebener Weise zu enthüllen, sondern sie auch noch mehr zu verhärfen als es nach der Sachlage berechtigt war.

Es behagte den unabhängigen Vertretern in der Regierung natürlich wenig, daß die Genossen Ulbig und Ritsche in diesem Punkte der Frage die Schelle umhängten; ihre Enttäuschung, besonders die des Volksbeauftragten Meyer, war aber merkwürdiger Art; er entrüstete sich des langen und breiten darüber, daß die unabhängigen Winkelzüge zum Zwecke der Erreichung einer Mehrheit, die ihnen gar nicht zukommt, mit einem starken Worte gekennzeichnet worden waren, um alsbald mit unklaren Ausdrücken unangenehm persönlich zu werden, doch war er in der Sache bereit einzulassen. So schärft die Debatte war, so löst sie doch die Hoffnung auf eine Verständigung auf der Basis des sozialdemokratischen Vorschlags aufkommen. Doch wären alle die Mühen nicht nötig, wenn nicht die letzte Landeszentrale am Eigenfinn der Unabhängigen gescheitert wäre.

Mit der Annahme einer Erklärung für eine allgütige Einberufung einer Nationalversammlung im Rheinlande, die trotz der Gegenrede Meyers mit großer Mehrheit erfolgte, nachdem der Volksbeauftragte Dr. Gradnauer wirkungsvoll dafür eingetreten war, klangen die Verhandlungen aus. Bei der Abstimmung darüber zeigte sich, daß die Unabhängigen einschließlich der Soldatenvertreter über ganze 11 Stimmen verfügen; während bisher die sozialdemokratische Mehrheit nur etwa 10 Stimmen betrug, ist sie jetzt auf 85 bis 90 angewachsen. So hat sich das Bild seit den letzten Wahlen zu den Soldaten- und Arbeiterparlamenten geändert.

### Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands

Berlin, 27. November. Die heutige Tagung der Groß-Berliner Arbeiterräte beschäftigte sich mit den wirtschaftlichen Fragen innerhalb der Betriebe und der Stellung der Unternehmer. Der Volksbeauftragte Barth sprach sich in seinem Bericht mit rückhaltloser Offenheit und Deutlichkeit über die wirtschaftliche Lage aus und sagte u. a.: Wenn es so weitergeht, wie es in den letzten Wochen gegangen ist, sind wir mit unfremdem Paten zu Ende. Das Kriegsernährungsamt hat förmlich eine Panzerrollen Politik getrieben. Nach Schluß der Sitzung ist es auf dem Gebiete der Wirtschaft.

#### Rohstoffförderung

Ist in den letzten vier Wochen auf weniger als den dritten Teil des Friedensstandes heruntergegangen. Trotzdem wurde in Oberschlesien gestreift. Ebenso schlimm ist es in der Transportfrage. Es müssen Transportmittel mit Anspannung aller Kräfte hergestellt werden. Heute fällt auch die Entscheidung über die Madensen-Armee. Voraussichtlich wird der größte Teil von ihr den Heimweg im Fuhrmarsch zurücklegen. Sieben bis acht Millionen Menschen schreien in den Produktionsprozess zurück.

#### Neben dem Frieden müssen wir

#### Arbeit und Brot

bringen, sonst können wir uns nicht behaupten. Zur Durchführung der Sozialisierung genügt ein organisiert und klar durchdachter Plan. Wenn jetzt einzelne Erwerbsgruppen ohne Rücksicht auf andere vorgehen, so richtet sich der Kampf nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern gegen die sozialistische Republik.

Genau so wie wir von der Arbeiterschaft ein organisiertes Einschwenken im Interesse des Sozialismus verlangen, verlangen wir auch ein restloses Einschwenken der Unternehmer, ohne Rücksicht auf den eigenen Nutzen. Wenn uns Sabotage der Unternehmer nachgewiesen wird, so werden wir mit der Entziehung des Eigentums antworten. Wenn das Rohmaterial zweckmäßig verarbeitet wird, können für die erforderlichen Transportmittel sofort Hunderttausende beschäftigt werden. Auf dem Lande müssen die Mittergüter sozialisiert werden. Dazu brauchen wir Wohnungsbau auf dem Lande und wirtschaftliche Maschinen. Alle diese Probleme können nur durch Rohle, Nahrungsmittel und bei voller Disziplin der Arbeiterschaft bewältigt werden.

Wenn die Revolution nur eine große Lohnbewegung gewesen sein soll, dann ist die Sache zu Ende. (Beifällige Zustimmung.)

Wenn wir in den nächsten Monaten nicht die erforderlichen Nahrungsmittel bekommen, wird Deutschland bis zur nächsten Ernte durch Hungertypus verdrückt sein. Deutschland braucht Rohstoffe und kann sie nur erhalten, durch sofortigen Abschluß des Präliminarfriedens. Alle Arbeiter müssen sich jetzt der Notwendigkeit fügen. Schon ist die Gegenseite am Werke, um der Revolution den Garaus zu machen. Darum müssen wir geschlossen und einträchtig handeln. Wir



brauchen auch noch Munition. Wir sind nicht feige genug, um ruhig zu zusehen, wie ein General mit seiner Prätorianergarde die Revolution niederdrückt. Um Remedien zu schaffen, haben wir im Kabinett sofort die Verlegung der Obersten Heeresleitung nach Berlin verlangt.

Ferner müssen sofort alle Erlasse, die das Tragen von roten Abzeichen verbieten, rückgängig gemacht werden und schließlich soll der General Oberhardt sofort zur Disposition gestellt werden. Die Oberste Heeresleitung will über unsere Forderungen beraten. General Groener hat aber bereits erklärt, daß er sich selbstverständlich dem Kabinett fügen werde.

Darf man in einer solchen Zeit das Produktionsleben kooptieren? Ist jetzt die Frage, ob Lohn oder Affordabilität die Hauptsache? Das wäre eine Kurzsichtigkeit, die ihre gleichen sucht. Nach einem Jahr wird von Affordabilität überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Arbeitsentlassungen dürfen erst dann erfolgen, wenn die Arbeitszeit für die Allgemeinheit auf vier Stunden herabgesetzt ist. Die vierstündige Arbeitszeit wird für die Übergangszeit die Normalarbeitszeit sein. Nur wenn die Arbeiter rücksichtslos bis zum Äußersten gegen jeden Feind zusammenstehen, können wir die wahr, vollständig aufgebaute deutsche sozialistische Republik erreichen. (Stärkender Beifall)

Darauf befragte ein Vertreter der Kieler Abordnung die Versammlung im Namen der Kieler Revolutionäre und betonte gleichfalls, daß Einigkeit aller Arbeiter notwendig sei, um über die jetzigen Zustände hinwegzukommen.

Otto Loh überbringt die Grüße des Ober-Ausschusses der Marine. Er erklärt, daß der Zentralrat der Marine jede Regierung unterstützen werde, die gewillt ist, auf der Grundlage der sozialistischen Republik zu arbeiten. Das deutsche Volk werde erst dann Vertrauen haben, wenn der Volksgesundheitsrat der Regierung sich aus den Vertretern der ganzen deutschen Arbeiterschaft, der Marine und der Armee zusammensetzt. Die Marine stellt sich der Reichsregierung und dem Volksgesundheitsrat zur Verfügung.

Das Mitglied des Journalistenrates, Dr. Michaelis, dankte dem Volksgesundheitsrat für die Erklärung, daß Hand- und Kopfarbeiter gleichberechtigt zusammenarbeiten sollten. Der Reichsverband der deutschen Presse hat sich auf den Stand der gewerkschaftlichen Organisation gestellt. Auch die Angehörigen der Presse halten es für richtig, sich jetzt von der Arbeiterbewegung fernzuhalten. Wir müssen ein besseres Arbeitsrecht haben. Nicht mehr die Geburt darf die Stellung im Staate bestimmen, sondern die Arbeit als solche. An dem Aufbau dieses neuen Rechtes wollen auch wir uns beteiligen. Andererseits darf die Entwicklung nicht überstürzt werden. Nur wenn ein Unternehmerr Obstruktion treibt, muß durchgegriffen werden.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird abgestimmt. Der weitestgehende Antrag, daß den Gewerkschaften jede Vollmacht genommen werden soll, wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Der Antrag, wonach der Gewerkschaftsausschuss eine Kommission aus den Reihen der Arbeiter und Angehörigen beauftragt werden soll und daß Vorschläge für diese letztere Kommission von der Lehner-Kommission ausgehen sollen, wird gegen deutliche Stimmen angenommen.

Ein Antrag, den streikenden Kollegen zu raten, die Arbeit in den Betrieben wieder aufzunehmen, ruft lebhafteste Unruhe hervor. Der Vorsitzende des Volksgesundheitsrats Müller und verschiedene andre Redner sprechen sich entschieden dagegen aus. Darüber müsse man die betreffenden Kollegen selbst ansprechen lassen. Der Antrag wird zurückgezogen.

Rede Kurt Eisners im Berliner Volksgesundheitsrat.

Berlin, 26. November. In der gestrigen Sitzung des Volksgesundheitsrats erschien Kurt Eisner und erbat einige Augenblicke Aufmerksamkeit und einigszu sagen zu dürfen:

Nachdem Eisner eine kurze Darstellung der Münchener Revolution gegeben hatte, fuhr er fort: Wenn wir gar keine weiteren Wünsche hätten als möglichst schnell wieder zu dem Parlamentarismus zurückzukehren, den wir nach gestern hatten, dann brauchen wir nicht die Revolution. Die Revolution ist keine Demokratie. Sie will sie erst schaffen. Arbeiter- und Soldatenräte müssen überall die Grundlage der neuen Entwicklung bilden. Die Nationalversammlung kann und darf erst dann einberufen werden, wenn die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sich so sehr entwickelt haben, daß alles von dem neuen Geiste erfüllt ist. Dann darf die Nationalversammlung gebildet werden. Die Arbeiterräte sind berufen, die Bezirks- und Volksparlamente zu bilden. Wir hören jetzt sehr viel von den Bolschewiki. Ich bin feiner. Meine Überzeugung ist dagegen, Gestand liebe ich die Methode des Bolschewismus nicht. Ich glaube, an den Geist und die Macht der Ideen. Theoretisch trennt mich eine Zweckmäßigkeitsfrage. Daß die Produktion in den Besitz der Gesamtheit übergeführt werden muß, darüber ist kein Zweifel. Ich halte es nicht für ganz richtig, daß die Ueberführung der Produktionsmittel in die Gesellschaft die Gewalt verleiht. Sollen wir die Produktion übernehmen, wo sie nahe am dem Abgrund steht? Im Moment hat das keinen Zweck, da unsere wirtschaftliche Kraft erschöpft ist. Die gesamte kapitalistische Gesellschaft bricht zusammen; solange dieser Zusammenbruch bevorsteht, hat es keinen Zweck, die Sozialisierung vorzunehmen. Die Sicherung der Revolution geschieht nur durch Festigung und Demokratisierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Eisner führte dann einige Gründe für den Separatismus an, unter anderem die Stellung Berlins während des Krieges als Ort in dem das Weltverbrechen organisiert worden ist, und die wirtschaftliche Zentration durch Deutschland ermöglicht wurde. Eisner forderte hierauf eine energische Kampfs gegen die Vertreter des alten Systems. Es geht nicht an, daß ein Mann wie Dr. David, der das Stockholmer Manifest verfaßt hat, der die Interessen des deutschen Volkes bis aufs Blut vertritt, im auswärtigen Amt sitze. Es ist bei allen Beschüssen der Gedanke zu vermeiden, als wenn dem Berlin alles Licht und Hell käme. Haben wir eine rein da stehende Regierung und ordentliche Verhältnisse im Lande, dann, aber auch nur dann, wäre ich bereit, nochmals zur Nationalversammlung aufzurufen.

Gegen die Verschärfung der Blockade.

Berlin, 27. Nov. Wie von zürichändlicher Seite mitgeteilt wird, hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission dem Vorsitzenden der internationalen Waffenstillstandskommission folgende Note überreicht:

1. Gemäß Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages ist die internationale Waffenstillstandskommission eingesetzt worden, um die bestmögliche Ausführung des Waffenstillstandsabkommens zu sichern. Deutschland hat daher annehmen können, daß baldigst alle in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Punkte erledigt werden würden, und hat von vornherein und wiederholt um Entsendung aller in Frage kommenden Vertreter seitens der Verbündeten und der Vereinigten Staaten gebeten.

2. Am 18. November sind schriftliche Bitten um Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen zur See übergeben worden. Darauf ist am gleichen Tage erwidert worden, daß diese Bitten an die zuständige Stelle weitergegeben worden sei. Am 20. November ist mitgeteilt worden, daß Admiral Beatty sich dem Admiral Weirer gegenüber als nicht zuständig für die Frage der Handelsseefahrt erklärt und erneut um Entsendung entsprechender Vertreter gebeten habe.

3. Es sind bisher weder die Vertreter noch eine Antwort auf die schriftlich gestellten Fragen eingetroffen.

4. Die Entsendung der Fragen erwidert keinen Aufschub, da das deutsche Volk noch schlimmere Hungerleiden erdulden müsse als bisher, wenn ihm durch die Verschärfung der Blockade, die der Waffenstillstand gebracht habe, die geringe Zufuhr, die es während des Krieges noch hatte, entzogen und die Seefischerei unterbunden werde. In der Gefahr des Verhungerns mit all ihren Folgericherungen tritt jetzt schon die große Gefährdung der öffentlichen Ordnung in allen Ostseestädten durch Arbeitslosigkeit der seefahrenden und Fischereibevölkerung.

5. Es widerspricht dem Wesen eines Vertrages, daß bestimmte Punkte desselben von der Verhandlung einseitig ausgeklammert werden, während über alle andern Punkte verhandelt werde. Besonders einseitig muß ein solches Verfahren bezüglich der Zufuhr und der Seefischerei erscheinen, da Deutschland weder Willens noch in der Lage ist, den Krieg wieder aufzunehmen, somit alle die Voraussetzungen für das partei Waffenstillstandsabkommen nicht mehr vorhanden sind. (W. L. V.)

Bayerischer Protest gegen das auswärtige Amt.

München, 27. November. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Der Volksgesundheitsrat des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats München hat nachstehendes Telegramm an den Volksgesundheitsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Berlin abgefaßt: Der Volksgesundheitsrat des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats München entnimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der deutschen Republik mit Entrüstung die unerhörte Tatsache, daß noch immer kompromittierte Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Solf, David und Scheidemann, entscheidenden Einfluß besonders in der auswärtigen Politik ausüben. Wir verlangen die sofortige Veleitigung dieser konterrevolutionären Elemente und fordern den Soldatenrat Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeizuführen, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt.

München, 27. November. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Dem Ministerium des Auswärtigen wurde nachstehendes Telegramm gestern an den bayerischen Gesandten in Berlin zur Übermittlung an das auswärtige Amt geschickt: Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden im auswärtigen Amt fortzusetzen, das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlaßt das Ministerium des Auswärtigen des Volksrats Bayern, jeden Verkehr mit dem gegenwärtigen Vertreter des auswärtigen Amtes abzulehnen. Kurt Eisner.

Der Vortrag meint, daß Kurt Eisner mit seinem neuen Schritt gegen die gegenwärtigen Vertreter des auswärtigen Amtes der Reichsregierung ihre schwierige Lage nicht erleichtert habe und sagt: Warum von München aus der Regen so überkopft wird, versteht man in Berlin nicht. Militarische Gedanken sogar schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichsgerümpelung einen baldigen Frieden erkufen. Dem steht die frühere Erklärung Eisners für die Erhaltung der Reichseinheit gegenüber. Wir glauben aber nicht, daß Eisner auf dem richtigen Wege ist, die Reichseinheit zu festigen und bessere Friedensbedingungen für Deutschland zu erreichen.

Die Frage des Rücktritts Sols.

Berlin, 28. November. Obwohl noch gestern abend die Nachricht verbreitet wurde, daß Staatssekretär Dr. Solf trotz seinem Konflikt mit Eisner im Amt bleiben werde, und zwar mit Rücksicht auf die internationalen Beziehungen, scheint es doch, daß in kürzester Zeit, vielleicht schon heute, der Rücktritt Dr. Sols erfolgen wird. In diesem Falle beschäftigt, wie die Volk. Sig. hört, die gesamte politische Abteilung des auswärtigen Amtes ebenfalls zurückzutreten. Es scheint ferner nicht ausgeschlossen zu sein, daß die am Schluß der Reichskonferenz laut gewordenen Angriffe gegen andre Mitglieder der Reichsleitung sowie gegen die nachdrückliche Unterstützung dieser Angriffe durch den Münchener Arbeiter- und Soldatenrat eine Solidaritätserklärung auch einzelner sozialistischer Mitglieder mit dem Staatssekretär Solf zur Folge haben wird.

Ein Protest gegen den Berliner Volksgesundheitsrat.

Berlin, 27. November. Die in Berlin verammelten Delegierten der großen Soldatenräte der 8. und 10. Armee der Gruppe Bug, des Militärregiments Litauen sowie des 3. Reservekorps, sämtlich aus dem Osten, in Vertretung von 300 000 Kameraden, haben am 25. d. M. dem bisherigen Volksgesundheitsrat folgende Entschiedenheit vorgelegt:

Die einseitige Zusammenkunft des Berliner Volksgesundheitsrats bietet und Vertreten der Ostfront keine Gewähr, daß die Interessen der Gesamtheit richtig vertreten werden. Wir fordern deshalb 1. unverzüglichen Zusammentritt des Reichs-

kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, 2. sofortige Entlassung der von den geschlossenen Armeegruppen der Ostfront zu entlassenden Delegierten für die Unterzeichner aller für das neue Deutschland grundsätzlichen und unerschütterlichen Forderungen. In der Nichterfüllung dieser Forderungen erblicken wir die schwerste Gefährdung der deutschen Freiheit. Wir erklären noch ausdrücklich, daß die oben genannten Forderungen hinter der jetzigen Regierung steht.

In Vertolg dieser Erklärung blieben vier Delegierte der Ostfront in Berlin zurück, um beim Kaiserlichen Kriegsministerium und Volksgesundheitsrat die Interessen der Ostfront auf Heimkehr wartenden Kameraden zu vertreten.

Amerikanische Bedingungen auf der Friedenskonferenz.

Die Times erfährt aus New York aus sehr zuverlässiger Quelle, daß die amerikanische Kommission auf der Friedenskonferenz als eine der Bedingungen für die Annahme der amerikanischen Forderungen die absolute Verbot der Unterseeboote als Bedingung gegen den Handel zu gebrauchen, besuworten wird. Es verlautet, soll auch Präsident Wilson der Auffassung sein, daß die Unterseeboottatfel nicht gegen Handelsboote zu gebrauchen ist.

Erleichterungen für Elb- und Ostpreußen.

Berlin, 27. November. In der gestrigen Sitzung der Waffenstillstandskommission teilte der französische Vertreter ein Telegramm folgenden Inhalts mit: Aus Betreff der Elb- und Ostpreußen entwerfen dem Vorsitzenden der französischen Truppen bis zu den Linien der Vorposten. Wir dürfen weder in der einen noch in der andern Richtung Vorstöße machen. Au. renon non sind Lebensmittels- und Materialtransporte. Die Regelung des Verkehrsverkehres erfolgt. Dringlich ist die Beschaffung der notwendigen Mittel für die Industrie in Elb- und Ostpreußen. Dies ist besonders für die Ruhrgegend für die Eisenindustrie, die Herananschaffung seit dem 19. November bereits ausfallen. Der Telegraphen- und Telephonverkehr in Ostpreußen ist bereits wieder zugelassen. Es darf dem gerechnet werden, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Erleichterungen im Verkehr mit Elb- und Ostpreußen zu erwarten sind. Deutsche Waffenstillstandskommission. Vorsitzender: Staatssekretär Erzberger.

Der Rücktransport der Westarmee.

Die der öffentlichen Volkszeitung vom zürichändlicher Seite mitgeteilt wird, werden die letzten deutschen Truppen tomorrow 28. November nach verlassen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bleiben bis zum Augenblick des letzten Zuges die Elb- und Ostpreußen mit den nötigen Reserven in Bereitschaft, so daß ein etwaiger Rückmarsch der deutschen Truppen und dem Einzug der französischen Truppen, die in unmittelbarem Anschluß daran eingetroffen sind, ohne Schwierigkeit nicht besteht. Unterdessen schlägt sich der ungeduldige zurückstehende Truppen durch die rheinischen Städte und Ortschaften überall musterhafte Ordnung machend.

Die 3. Armee unter General a. d. Marwitz in Stärke von ungefähr 500 000 Mann setzte bisher ihren Rückmarsch langsam und in bester Ordnung bei geordneter Verpflegung fort. Bis 27. November werden die Spitzen der Armee den Rhein zwischen Bonn und St. Goar erreichen und den Fluß auf den Brücken bei Boppard, Hindenburgbrücke bei Gelsheim und einer Festschanze bei St. Goar überqueren. Der Westmarsch wird dann über Bad Kreuznach, Groß- und Kleintrar, Trier und Koblenz erfolgen. (W. L. V.)

Die Verbandstruppen räumen die Pfalz.

Ludwigshafen, 27. November. Das Oberkommando der Verbandstruppen teilt mit: Nach Meldung der pfälzischen Verbände räumen die Verbandstruppen die Ortschaften an der Elbe, der Pfalz, die sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt haben. Insbesondere erfolgt die Räumung auf Grund des Einspruchs der Waffenstillstandskommission. (W. L. V.)

Frankfurt erhält keine französische Besatzung.

Frankfurt a. M., 27. November. Dem Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat ist auf Ansegen der Reichsregierung folgende Antwort zugegangen: Berlin, den 27. November. Die von dem Reichsrat beauftragte, daß die Franzosen Frankfurt besetzen werden, ist keine Besatzung. Es sind nur Verhandlungen darüber, ob Frankfurt mit sämtlichen Vororten der neutralen Zone einberufen werde. Das Ergebnis der Verhandlungen wird mitgeteilt werden sobald eine Antwort hier eingeht. gez. Erzberger. (W. L. V.)

Deutsches Reich.

Für die Nationalversammlung.

Berlin, 27. November. Der neugewählte erweiterte Arbeiter- und Soldatenrat hielt Dienstag abend seine erste Sitzung ab. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme: Der Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Berlin spricht sich ausdrücklich für die Einberufung einer Nationalversammlung aus. Sie müsse sofort einberufen werden. Zur Klärung wichtiger Fragen hält der Arbeiter- und Soldatenrat den baldigen Zusammentritt der Reichskonferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte für notwendig.

London, 27. November. Das Reutersche Bureau teilt mit, daß Solf erklärt habe, daß die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen hinsichtlich der Auslieferung der Kolonialtruppen, wegen der immer schwieriger gestalte, infolge des schlechten Zustandes der Kolonialtruppen, es werde der Wunsch ausgedrückt, daß der Rest für die Auslieferung bis zum 1. Februar verlängert werde.

Französische Posten auf dem rechten Rheinufer. Nach, 28. November. Die Franzosen haben gestern abend auf der badischen Rheinbrücke ohne Mitteilung von Seiten der Deutschen Posten aufgestellt. Deutsches und französisches Militär sind in der Nähe, tritt aber nicht in Berührung miteinander. Auf dem rechten Rheinufer wird die Auffstellung französischer Posten auf dem rechten Rheinufer gemeldet.

Die Tunder Welt im preussischen Ministerium. Die Welt wird, in an Straße des Volkshauses, in der die Tunder Welt im preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und



Musland.

Oesterreich-Ungarn.

Erklärungen Czernins.

Wien, 28. November. Der ehemalige Minister des Innern, Graf Ottokar Czernin, veröffentlicht folgende Erklärung: Herr Dr. Tassé hat unter Fittierung eines Briefes mir, die Behauptung aufgetragen, daß ein Friedensangebot Amerikas durch einen Vertrauensmann Wilsons erfolgt ist, von mir abgelehnt worden sei. Es handelt sich um einen der zahlreichen Fälle, in welchem eine Privatperson den Versuch unternimmt, die Friedensfrage zu fördern, die jedoch irgendeine Legitimation als Vertrauensmann der amerikanischen Regierung nachweisen zu können. In dem vorliegenden Falle handelt es sich um den Großindustriellen Julius Meissl, der von bester Absicht befeuert, seine Mitwirkung zur Förderung der Friedensfrage anbietet. Herr Meissl, der sich als Vertrauensmann einer fremden Regierung legitimiert, hat mir kein Friedensangebot Amerikas oder einer anderen amerikanischen Regierung überbracht. Meine Darlegung vom 23. November war daher vollständig richtig.

Die österreichische Nationalversammlung.

Wien, 28. November. Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, durch welches die konstituierende Nationalversammlung auf den 1. März 1919 nach Wien einzufen werden soll.

Die Christlich Sozialen für einen demokratischen Staat. Die Christlichsozialen Austria melden: Die Christlichsozialen parteikonferenz hat sich in einer Kundgebung an die Parteimitglieder ohne Einschränkung zum freien demokratischen Staat bekannt, mit dem jede Parteidiktatur unvereinbar sei. Sie erkennt die von der provisorischen Nationalversammlung beschlossene republikanische Staatsform an, und hält es für

ihre Pflicht, in ihrem Rahmen am geordneten Wiederaufbau Deutsch-Oesterreichs mitzuwirken. Die Aufrechterhaltung der Ordnung sei die höchste unbedingte Pflicht aller Staatsbürger. Daher werde die Partei alle wie immer gearteten Verleumdungen, die Ordnung zu stören, von welcher Seite sie auch kommen möchten, nachdrücklich bekämpfen.

Vom tschechisch-ungarischen Kriegsausplaus.

Budapest, 27. November. Nach Mitteilung des Kriegsministeriums haben tschechische Truppen Wagendombat befreit. Im Moldanostal marschierten reguläre tschechische Truppen aus und benannten in mehreren Kolonnen mit dem Vortritt über die Grenze.

England.

Die Verluste der englischen Flotte.

London, 27. November. Die Admiralität veröffentlicht die folgende Mitteilung über die Gesamtzahl der Verluste seit Ausbruch des Krieges bis zum 1. November 1918: 1. Offiziere: a) tot ausschließlich der an Wunden und anderen Verletzungen; b) verwundet; c) vermisst; d) interniert und gefangen; insgesamt: 36258. Die Gesamtverluste von Offizieren und Mannschaften betragen 39766. Die obigen Biffern schließen eine Anzahl Offiziere der englischen Handels- und Fischerflotte ein, die an Bord der Schiffe der Kriegsmarine, Hilfsflotten und anderen übernommenen Schiffen dienten. Außerdem haben bei der Ausübung ihrer gewöhnlichen Berufes 14661 Offiziere und Mannschaften dieser Klassen durch das Vorgehen des Feindes ihr Leben eingebüßt; 3295 wurden gefangen genommen und als Kriegsgefangene in feindlichen Lagern zurückbehalten.

Der Arbeiter- und Soldaten-Rat Groß-Dresden

Am Freitag, den 27. November, wurde im Sitzungssaal der Zweiten Kammer eine öffentliche Sitzung abgehalten. Die öffentlichen Redner waren überfüllt.

Genosse Keuring eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache: Der heutige Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt das Amt seines Vorgängers, der sich die Aufgabe gestellt hatte, die Grundgesetze der Revolution zu sichern und zu fördern, die völlige Freiheit und Freiheit aller Staatsbürger zur Anerkennung zu bringen, die Einführung der Demokratie in Staat, Gemeinden und allen öffentlichen Ämtern, die Gewährung eines ausreichenden Schutzes an alle Schwachen und Armen - Aufgaben, die sich der Arbeiter- und Soldatenrat schon in der ersten Stunde seines Bestehens gestellt habe. Die Mittel der Durchführung sind Beratung, Herbeiführung aus dem Vertrauen der gesamten Volksgemeinschaft, die sich gebildet hat. Ueberdies ist der Arbeiter- und Soldatenrat im Interesse und zum Wohle des gesamten Volkes für die rechtliche Ordnung und Sicherheit zu sorgen, alle Verfassungen, Verträge zu unterstützen, um die Schäden des Krieges zu beseitigen und das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, allen Kriegsverletzten und Arbeitslosen jede nur erdenkliche Unterstützung zu leisten, die Ernährungsverhältnisse so gut wie möglich zu regeln und Kultur, Kunst und Wissenschaft zu pflegen und zu fördern. - Es sollte dann zur

Arbeiter- und Soldatenrat nach den Parteischattierungen zustande zu kommen hätten. Der Antrag Leipziger forderte wohl die Parität für die anderen Bezirke, aber nicht für Leipzig; er wurde mit 17 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Die alte Sozialdemokratie habe darauf, um dennoch eine Verbindung herbeizuführen, zwei Vertreter (Gradnauer und Feld) nach Berlin geschickt, um mit Hanke zu sprechen, damit dieser einen Ausweg finde. Dieser habe auch Schritte getan. Darauf habe heute in der Regierungssitzung Lipinski den Vorschlag gemacht, die provisorische Landesregierung für Dienstag, 3. Dezember, einzuberufen. In ihr sollen Obermann, Zwickau und Baugen Delegierte zu gleichen Teilen, Dresden erhältnismäßig und Leipzig auf Grund seiner gegenwärtigen Zusammensetzung, entsenden. Mit diesem Vorschlag habe sich die Sozialdemokratische Partei beschäftigt und folgende Beschlüsse gefasst: 1. Der provisorische Landesrat soll nur die dringenden Aufgaben erledigen, die die Regierung für unauflösbar hält. 2. Leipzig, Dresden, Chemnitz und Zwickau haben das Recht, die leitenden Vertreter zu entsenden, während Baugen anheimgestellt wird, hier Vertreter nach beliebigem Wahl- oder Ernennungsverfahren zu entsenden. Auf diese Weise dürfte ein provisorischer Landesrat zu schaffen und die Grundlage für eine gemeinsame Arbeit gegeben sein.

Lipinski wünschte die Parität auch für Baugen und meinte, es auf eine Abstimmung ankommen zu lassen. Man werde die Resolution tot anstatt zu handeln.

Otto Hilbig betonte, daß die Sozialdemokratische Partei den Unabhängigen eine Brücke gebaut habe, wenn sie die Leipziger Verhältnisse unberührt gelassen habe.

Genosse Krichke: Die Leipziger wollen die Herrschaft im Landesrat haben, deshalb greifen sie zu solchen Taktischen Manövern, weil sie durch regelrechte Wahlen durch das Volk nicht zu einer Mehrheit im Landesrat kommen können. Sie wollen in Baugen eine bestimmte Richtung, die dort die Arbeit hat, erreichen. Für sich selbst wollen sie in Leipzig nur Unabhängige für Baugen aber wollen sie noch zur Hälfte Unabhängige, um auf diese Weise die Mehrheit zu erhalten. Wir fordern für ganz Sachsen die Verhältnismäßigkeit. Wollt Herr Lipinski und seine Genossen wollen jetzt diesen Programmpunkt außer Kurs setzen. Die Leipziger Vertretung ist eine Vergeßlichkeit der Minderheit. (Großer Beifall und Widerspruch.)

An der weiteren Debatte, die teilweise einen sehr erregten Verlauf nahm, beteiligten sich noch Genet, der sich auf den Verhältnismäßigkeitspunkt bezog, Fleißner, Fröhlich und Lipinski. Dann wurde ein Antrag des Kameraden Art auf Schluß der Debatte angenommen und hierauf der Vermittlungsvorschlag Gradnauers zum Beschluß erhoben.

Eingegangen war noch ein Antrag Gradnauers, der die sächsische Regierung ersucht, dahin zu wirken, daß die Wahlen zur Nationalversammlung so rasch als möglich vorgenommen werden, damit die konstituierende Nationalversammlung baldmöglichst zusammentreten kann. Der Antrag rief ebenfalls eine Debatte hervor und wurde endlich gegen zwölf Stimmen angenommen.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein selbständiger Wendenrat?

Aus Baugen wird berichtet: Auf Veranstaltung des Landtagsabgeordneten Barth finden gegenwärtig in verschiedenen Orten der Oberlausitz Versammlungen unter dem Wenden statt, in denen zur Gründung eines selbständigen Wendenrats aufgefordert wird. Für die in diesem Zwecke erscheinende Propaganda sind auf einer Versammlung in Großwitz 3000 Mark gesammelt worden. In die zweite Kammer war der Abgeordnete Barth als Wende gewählt worden, er gehörte der konservativen Fraktion an. In einer der letzten Sitzungen der Abteilungs-Kammer verlas er eine Erklärung, daß die Wenden nicht daran denken, sich von Sachsen zu trennen oder daß sie irgendwelche Sonderbestrebungen hätten. Die neuere Meinung, daß Barth für einen selbständigen Wendenrat agiert, klingen aber dennoch sehr widersinnlich, da Barth in Abgeordnetenkreisen schon seit längerer Zeit in dem Verdacht stand, eine wendisch-statische Agitation zu treiben.

Wahlkampfkampfe aus Staatsmitteln.

Die Regierung des Volksstaats Bayern hat unter Bezugnahme auf die bereits mitgeteilten Bestimmungen über die Gewährung von Wahlkampfkampfe aus Reichsmitteln berichtet, daß 1/2 des aus Reichs-

mitteln nicht gedeckten Teils der Wahlkampfkampfe, also - da das Reich die Hälfte trägt - 1/4 des ganzen zu erhebenden Aufwandes, aus Mitteln des Volksstaats Bayern gedeckt werden, unter der Voraussetzung, daß der Rest, 1/4, von den Gemeinden aufgebracht wird. In Sachsen sollte nach den Absichten der früheren Regierung der vom Reich nicht gedeckte Teil der Wahlkampfkampfe zwischen dem Staat und den Gemeinden halbiert werden, die Gemeinden also 1/4 tragen. Es ist zu wünschen, daß auch die neue Regierung Sachsens dem bayerischen Beispiel folgt und den schwer belasteten Gemeinden einen weiteren Teil dieser Aufwandes abnimmt.

Das Fürsorge-Gesetz bleibt in Kraft.

Auf verschiedene Anfragen teilt das Reichsamt des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Dresden mit, daß das Fürsorge-Gesetz durch den Vollzugs-Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats nicht aufgehoben ist.

Dazu sei, um Irrtümern zu vermeiden, kurz bemerkt, daß dem Vollzugs-Ausschuss des Dresdner Arbeiter- und Soldatenrats heute selbstverständlich keinerlei Befugnis mehr zusteht, bestehende Gesetze aufzuheben.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Mahnruf an die heimkehrenden Kriegsteilnehmer.

Die Umwandlung Deutschlands in einen freien Volksstaat mag vielleicht unter den heimkehrenden Volksgenossen der Aufregung Raum geben, als ob die gewerkschaftliche Organisation nunmehr überflüssig sei. Sie so denken, meinen, daß in Zukunft die zwischen Unternehmern und Arbeitern auftretenden Konflikte in anderer als der bisherigen Art ausgekämpft und entschieden werden. Selbst wenn diese Annahme voll und ganz zuträfe, so wäre die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auch für die Zukunft nicht widerlegt. Solange nicht die reinste Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische erfolgt ist, werden die Gewerkschaften die wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeiterklasse bleiben. Aus den im Vorwort wiederholt dargelegten Gründen kann vorläufig an eine Sozialisierung unserer völlig banalbedingenden Wirtschaftslebens nicht gedacht werden.

Es erwacht unseren Gewerkschaftsorganisationen daher jetzt und in Zukunft ein ungeheures Gebiet sozialer Tätigkeit.

Diese gewaltige Arbeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der sozialen Fürsorge kann aber nur zeitlos und schnell erfüllt werden, wenn die Heimkehrenden wieder in die Reihen ihrer Organisationen treten, aus denen sie bei Ausbruch des Krieges getrieben wurden.

Die Duheimgebliebenen haben während der ganzen Kriegsdauer ihren Stolz und ihre höchste Aufgabe darin erblickt, die Gewerkschaftsbewegung aufrecht zu erhalten. Und das ist ihnen, wie wir wiederholt an dem ehrenvollen Erlöschen der Gewerkschaftsbewegung in den letzten 1 1/2 Jahren zeigen konnten, gelungen.

Unter in der Heimat verbliebenen Gewerkschaftsgenossen erwarten wir aber auch, daß sie die heimkehrenden Kameraden wieder begrüßen können als Mitkämpfer für ihre Ziele.

Heimkehrende Gewerkschaftsfreunde! Euer erster Weg führt euch zu euren Lieben. Der nächste Weg aber geht eurer Organisation. Stellt euch ihr zur Verfügung und seid euch würdig der Erwartungen unserer Zeit.

Die wilden Streiks.

Der Berliner Metallarbeiterstreik, der zuerst in den Dömitzer Werken ausgebrochen ist, dauert dort an und hat jetzt die Deutschen Werkzeugmaschinenwerke, Berner, Kautz, Heide, Rott, Schaffstrahl, und Wittenau und teilweise auch Siemens-Schuckert ergriffen. Die Arbeitgeber stellen sich auf den Standpunkt, daß bei der Beilegung dieser Streiks zum erstenmal das zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften am 1. November abgeschlossene Übereinkommen zur Anwendung kommen muß. Da nach dem nicht mehr zwischen der eingetragenen Firma und den Arbeitern, sondern es muß zwischen den Verbänden und der Gewerkschaft, in diesem Falle also zwischen dem Verband Berliner Metallarbeiter und der Berliner Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes verhandelt werden.

Die Meinung, daß die Vergarbeiterstreiks bereits beigelegt seien, trifft leider nicht zu. Es ist richtig, daß in Obersachsen die Belegstellen verhältnismäßig rasch wieder eingezogen sind, so z. B. bei Gleiches Erben und bei der Königlich-Bergerbergwerk. Dafür sind aber die Belegstellen anderer Gruben wieder ausständig geblieben, so daß der Kohlenbedarf sich auf der Höhe von Sonnabend und Montag hält. Auch aus dem Rheinland wird berichtet, daß der Streik in etwa gleicher Stärke fort-dauert.

Ueber die Pflicht der Arbeitgeber

schreibt die Deutsche Arbeiter-Zeitung: Es geht für wichtige Arbeiten an den notwendigen Arbeitskräften. Die Ernährungsindustrie klagt über Mangel an Arbeitern. Die Güterwagen können aus Mangel an Arbeitern nicht schnell genug entladen werden. Auch in der Kohlenförderung werden Kräfte benötigt. Dieser ungelöste Zustand kann nur beseitigt werden, wenn alle Arbeitgeber die zu besetzenden offenen Stellen unverzüglich bei den nächsten nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweiser melden. Alle Arbeitgeber müssen sich für verpflichtet erachten, ihren Bedarf auf schnellstem Wege zur Anmeldung zu bringen.

Die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien

darf nach einer Verordnung für die Bäckereien, Konditoreien und sonstige Arbeiter acht Stunden nicht übersteigen. Den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen (Schülerinnen) müssen an jedem Arbeitstag, an dem sie länger als vier Stunden beschäftigt werden, Pausen von einer Gesamtdauer von mindestens einer halben Stunde gewährt werden. Werden sie länger als sechs Stunden beschäftigt, so muß die Gesamtdauer der Pausen mindestens eine Stunde und eine der Pausen mindestens eine halbe Stunde betragen. Unterbrechungen der Arbeit von weniger als einer Viertelstunde kommen auf die Pausen nicht in Anrechnung. In den Bäckereien müssen an den Werktagen alle Arbeiten mindestens von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens vollständig ruhen.

Aus aller Welt.

Schwerer Nord bei Dortmund.

Dortmund, 28. November. In der vergangenen Nacht wurden die Eheleute Landwirt Wichmann in Ubbena-befarholz von ihrem aus dem Lazarett heimgekehrten Sohn ermordet aufgefunden. Der Täter hat keine Opfer mit einer Art erschlagen, darauf Verstoßen, Kleidungsstücke und andere geraubt. Bezüglich der Täterschaft lassen sich noch keine bestimmten Angaben machen. Doch scheint die Kriminal-polizei auf einen früheren Anecht, den 18-jährigen Nikolai Wagner aus Luxemburg, der seit gestern abend spurlos verschwunden ist.

Gelesene Nummern der Volkszeitung bitten wir nicht wegzuerwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werden.

2. fofactio... en der C... die Entwicklung... und m... er... die Chem... 2. fofactio... en der C... die Entwicklung... und m... er... die Chem... 2. fofactio... en der C... die Entwicklung... und m... er... die Chem...

2. fofactio... en der C... die Entwicklung... und m... er... die Chem... 2. fofactio... en der C... die Entwicklung... und m... er... die Chem... 2. fofactio... en der C... die Entwicklung... und m... er... die Chem...

2. fofactio... en der C... die Entwicklung... und m... er... die Chem... 2. fofactio... en der C... die Entwicklung... und m... er... die Chem... 2. fofactio... en der C... die Entwicklung... und m... er... die Chem...



# Ungestellte

von Waren- und Kaufhäusern!

Freitag den 29. November, abends 6 1/2 Uhr  
im Volkshaus, Augustenstraße 2

## Bersammlung.

Tages-Ordnung:

Die Revolution, die Uebergangswirtschaft  
und die Ungestellten.

Niemand fehlt!

Zentralverband der Handlungsgehilfen  
Dresden, Schützenplatz 20, 2.

### MUSENHALLE

West-Söbner, Kesselsbörner Str. 17, Strahlenb. 7, 13, 22  
Täglich 8-10 Uhr. Mit großem Beifall aufgenommen!

## Der Goldbauer

Oberbaur. Hofkapellmeister  
von Ed. Birch-Weißer  
in 4 Akten.

28. Sonntag u. Sonntag, nachm. 4 Uhr, das neue  
Schwanenbühnen-Sammelhaufen u. die Winterfee  
in 3 Akten. Täglich Vorverkauf am Bühnen (W 176)

# SARRASANI

## Der Erbe von Amersfort

und  
der übrige glänzende Spielplan

Geschwister Rieffenschlag  
Bernhard-Trio  
3 Janowsky  
Neue Freiheitstheater  
3 Schwestern Hasso  
usw.

Vorverkauf an der Circuskasse und im Reka.  
Trocadero: Stimmungs-Abende.

## Gasthof Wölfnitz

Sonntag den 1. Dezember, abends [S 128]

### Julius Meyers Viktoria-Sänger

Unübertreffliches Schlager-Programm.  
Vorverkauf im Konzertsaal bis 1 1/2 Uhr.

## Vaterland-Lichtspiele

Telephon 18 487  
Freiberger Platz 20  
Straßenbahnen: 7, 13, 15, 23, 26.

Ab Freitag den 29. November:

# Kalkos Gelöbniß

Grosser Sensationsroman in 4 Teilen.  
In den Hauptrollen:  
**Lya Mora, Erich Kaiser.**

## Neue Kapelle

unter der Leitung des aus dem Felde  
zurückgekehrten [S 179]  
Kapellmeisters **Kurt Krumbholz.**

## Henry-Lichtspiele

Wittener-  
straße 84

# Arme Mutter

Tiefgreifendes Lebensbild. [B 148]

## Erdöl-, Kerzen- und Karbid-Verteilung.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird bestimmt:

§ 1. Es werden beliehrt:

I. a) Empfangsabchnitt III der gelben Erdöllaste A mit 3 Liter Erdöl und zwei Kerzen;  
b) Empfangsabchnitt III der roten Erdöllaste B mit 1 Liter Erdöl und 1 Kerze;  
c) Empfangsabchnitt III der grünen Erdöllaste C mit 1/2 Liter Erdöl.

II. a) Empfangsabchnitt III der braunen Karbidlaste A mit 3 Kilogramm Karbid;  
b) Empfangsabchnitt III der blauen Karbidlaste B mit 3 Kilogramm Karbid;  
c) Empfangsabchnitt III der weißen Karbidlaste C mit 2 Kilogramm Karbid.

§ 2. Die Lieferung des Erdöls, der Kerzen und des Karbids erfolgt vom 3. Dezember an nach und nach. Im übrigen gelten die Bestimmungen in § 2 Absatz 2 der Karbidbestimmungen vom 9. Oktober 1918 auch für die vorliegende Verteilung.

§ 3. Bei der Abgabe an die Verbraucher kostet 1 Liter Erdöl 46 Pf., 1 Kerze 23 Pf., 1 Kilogramm abgewogenes Karbid 1.80 M.

§ 4. Zuwiderhandlungen werden nach § 15 der Karbidbestimmungen vom 18. September 1918 bestraft.

Dresden, am 25. November 1918. Der Rat zu Dresden.

Am 25. November hat sich in den Räumen der Dresdner Kunstgenossenschaft eine größere Versammlung von Vertretern verschiedener Künstlervereinigungen Dresdens zusammengefunden, um mit Vertretern sämtlicher Künstlervereine über die neuzeitlichen Fragen der bildenden Kunst weiterzuberateln.

Vertreter folgender Gruppen werden demnächst eingeladen:

- Künstlervereinigung Dresden
- Dresdner Kunstgenossenschaft
- Allgemeine Deutsche Kunstgenossenschaft
- Deutscher Künstlerbund
- Dresdner Künstlerbund
- Künstlerverband Dresden
- Künstlergruppe 1913
- Verein Dresdner Künstlerinnen
- Wirtschaftlicher Verband bildender Künstler
- Arbeiterrat bildender Künstler Dresdens
- Dresdner Architektverein, Ortsgruppe V. D. A. Dresden

## Konsum-Verein Vorwärts für Dresden u. Umgegend. (E. G. m. b. H.)

Die Auszahlung der Rückvergütung auf die in Dresden-Kesselsbörner abgegebenen Bücher und Karten findet jetzt im Geschäftshaus, Königsbrüder Straße 38, vormittags von 9 bis 1, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, statt. Es gleichen auf die in Söbner abgegebenen Bücher im Geschäftshaus, Kesselsbörner Straße 22. Die Reihenfolge der Nummern ist im Geschäftsbericht zu ersehen. Der Vorstand.

Ab Donnerstag

# Chrysanthème

Eine Lebenstragödie in 4 Akten  
Hauptrolle:  
**Carola Toelle**

## Kammer-Lichtspiele

Wilsdruffer Straße 29

# Die geborgte Villa

Ein Lustspiel von überwältigender Komik in 3 Akten  
mit  
**Emil Sondermann**

Meinholds Sale Moritzstraße 10

## Licht-Spiele

Nur noch bis Montag!

Die geniale Künstlerin

# Hella Moja

in der 4. akt. Tragödie

Unter fremdem Willen.

Ferner:  
**Harry wird Familienvater.**

Ein reizendes Lustspiel in 2 Akten.  
Naturaufnahme.

Täglich ab 4 Uhr.

Es hat die Weltin wundernd  
mit demselben Dinst gestellt.  
Ich sage euch, ihr Brüder  
zu der Frau, da geh  
ich wieder.

# Schluck

Mit  
Wundern  
Es hat die Weltin  
wundernd  
mit demselben  
Dinst gestellt.

Es hat die Weltin  
wundernd  
mit demselben  
Dinst gestellt.

Es hat die Weltin  
wundernd  
mit demselben  
Dinst gestellt.

## Klotzsch-Hellerer

Freitag den 29. Nov.  
Wichtige Gruppen-Sitzung.

Erstmalig aller bringen es  
müht. [S 44]

# Los geht's

zum Reichert-Haus

## Gasthof Pappritz

Gemütliche angenehme Kiste  
lind das genies. [S 142]

Kriegskamerad

## Kernmann Trompler

Restaurant  
15 Eisenbergstr. 15  
a. d. dem Reibe zurück.

Roschank bayrischer Kellner.

Schmeckt immer gut.

# Schluck

Ob vor Mut  
Ob im Spass  
Ob in Masse  
Ob a biss'chen  
Ob in der Tasse  
Ob im Glas

Mittwoch den 4. Dec. 1918  
abends 7 1/2 Uhr  
beginnt i. Gasthof Goldene  
Krone, Kleinschadowitz,  
eine meiner beliebten u.  
zuteilgesetzten [S 142]

## Tanz-Kurse

i. all. Hand- u. Gesichts-  
Tänzen. Dauer 3 Monate.  
Hum. 25 M. (ev. 1 Teilzahl).  
Haldref. Anmeldekass.  
i. Gasthof Goldene Krone  
oder sch. 171, bei mit ein.  
Kurt Wöllers Tanzlehr.-Inst.  
Dresden, [S 142] 44. 18

Gummiwaren  
Spekanten, Leihbid., Fauger,  
alle sanitären Artikel.

## Sanitätshaus Pietzsch

Fleischmarkt 2. [S 142]

Straßenbahnen 7, 13, 22  
Spielplan für  
Freitag, Sonntag, Sonntag

## Verkauf von

Ein Firmwerk in 6 Akt  
Grosser Originalplan  
gegen den Naloben-  
handel. [S 153]  
u. das berecht. Le. programm.

Nu, s' is der  
Was is das, zuck?  
Lnd s' schmeckt ooch gut!  
's ist rot wie Blut  
's ist ooch mal blass.  
's ist kalt wie Eis.

# Schluck

## D. K. H.

Straßenbahnen 7, 13, 22  
Spielplan für  
Freitag, Sonntag, Sonntag

## Verkauf von

Ein Firmwerk in 6 Akt  
Grosser Originalplan  
gegen den Naloben-  
handel. [S 153]  
u. das berecht. Le. programm.

## Drei-Kaiser-Hof

Pianos, Flügel, Harmonien  
Bei den: [S 153] 100  
Becker, Pillnitzer Str. 11, 1.

Chaiselange im Zimmer  
u. Küche, Melambel  
u. englische Bettstellen u.  
Kuffagen in vertauscht be.  
Zethold,  
Berchelsbörner 19. 1. [S 154]



# Stadt-Chronik.

## Das Ende einer Herrlichkeit.

Unter dem alten Regime wurden die Staatsmänner von der „Altpreußischen Sparsamkeit“. Wir haben sie in preisend schönen Reden leben hören — wir sind ihr dort begegnet, wo sie am Platz gewesen wäre. Die Männer, die jetzt den Schutt der zerbrochenen „Gottgewollten Ordnung“ aus dem Wege zu räumen haben, finden in den Anhaltspunkten der verschiedenen Behörden häufig genug Anhaltspunkte, die diese altpreußische Sparsamkeit in ein eigenartiges Licht rücken.

Zurück ein Beispiel aus Dresden. Im Monat November d. J. wurden für die in Dresden eingerichtete Militär-Post-Überwachungsstelle 50 100 M. ausgegeben, von denen circa 2000 Mark als Gehälter an Offiziere gezahlt, während in Zukunft für die gesamte Leistung nur 5110 M. gebraucht werden. Im Oktober waren außerdem noch 15 353 M. als einmalige Teuerungszulage ausgezahlt. Es wäre gegen diese Ausgaben nichts zu sagen, wenn sie unbedingt erforderlich gewesen wären. Das war aber nicht der Fall. Denn der meiste Teil dieser Summen floß in die Taschen höherer Offiziere, die vor dem Krieg längst a. D. waren, für die man militärischen Dienst keine Verwendung hatte und von denen in einem Bericht der hiesigen Post-Überwachungsstelle das Reichsamtamt gelangt wird, daß diese Offiziere infolge des Alters und körperlicher Gebrechens oder infolge der Veränderung durch ihren Zivilberuf nicht voll arbeitsfähig waren. Diese Militärs brachte man in diesen Ämtern unter, denn sie nicht die Tätigkeit ausübten, die so hohe Gehälter rechtfertigen hätte. Ihre Aufgabe sollte sein, den einzelnen Leistungen vorzusehen, die mit Soldaten und Hilfsdienstleistungen höherer Offiziere leisteten Unterschriften und rekrutierten nur die militärische Gewalt in diesen Ämtern. Im übrigen bestand ihre arbeitsfähige Tätigkeit darin, ihr Geschäft, das sie vorher zu Hause genossen, nun in den Dienstleistungen dieser Behörde zu verjahren. Formell trugen sie die Verantwortung für die Tätigkeit der ihnen unterstellten Abteilungen. Aber jeder, der einigermaßen den militärischen Dienstbetrieb kennt, weiß, wie wenig die Verantwortung für die aufgebauene Herren belastete, weil der ältere Apparat so zuverlässig arbeitete, daß es nicht viel zu verantworten gab. Die Offiziere, um die es sich hier handelt, hatten lediglich die Bedingungen nachzuprüfen, die dem die Unteroffiziere und Mannschaften als beionstand zugehörten. Die Überprüfung durch die Unteroffiziere war eine zweifelhafte verantwortungsvollere Tätigkeit, weil sie sich nicht zu entscheiden hatte, ob überhaupt etwas zu beanstanden war.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat mit diesen Vorfällen klug umgegangen. Die getroffene Neuordnung der zu besetzenden Stellen erfordert für den Monat Dezember eine Ausgabe von nur 2250 M. Es werden also monatlich 2000 Mark, mehr als die Hälfte der bisherigen Ausgaben gespart, ohne daß darum der Apparat weniger gut arbeitet. Die jetzt noch beschäftigten Offiziere verfügen über gute Schulbildung und haben sich nicht in diese Tätigkeit eingearbeitet. Der einzige Unterschied der jetzigen Neuordnung gegen früher besteht nur darin, daß die militärischen Repräsentanten mit geschickten Adjutanten verschwunden sind, die Gelder aber, die sie allmonatlich annehmen, gelahrt werden.

Diese Militär-Post-Überwachungsstelle ist nur ein Beispiel unter den vielen, in denen gleich freigebig gewirtschaftet wurde, und es wird auch an anderen Stellen rascher Wandel zu schaffen sein.

Den Lobgesang auf die altpreußische Sparsamkeit wird man in Zukunft nicht mehr hören. Aber es wird mit den Geldern des Staates sparsam gewirtschaftet werden in allen Fällen, in denen Sparsamkeit am rechten Platz ist.

## Der Kleinwohnungsbau nach dem Kriege.

Die Stadtverordneten werden sich heute abend mit ihrer Ratssitzung auf finanzielle Beteiligung der Stadtgemeinde Dresden an der Förderung des Kleinwohnungsbaus nach dem Kriege zu beschäftigen haben. Der Rat hat dazu aus, daß zunächst der Friedensabdruck zwischen Reich und Staat erfolgt ist mit der Befürchtung, daß die Demobilisierung noch viel rascher und kürzer eingetreten ist, als früher angenommen wurde. Dies habe naturgemäß in Bezug auf die Wohnungsfrage weitestgehende Anforderungen geltend gemacht. Die Weiterbehandlung der Vorlage sei dringlicher als je. Dazu komme, daß die völlige Umwälzung der politischen Lage, die inzwischen stattgefunden habe, es zweifelhaft erscheinen lasse, wann auf die noch ausstehenden verfassungsmäßigen Entschlüsse der Reichs- und Staatsregierung über die Beteiligung von Reich und Staat an der Abbildung der Postkostenübernahme gerechnet werden kann. Es wird dann darauf hingewiesen, daß der Reichstag bereits im Mai 1918 zur Förderung des Kleinwohnungsbaus 500 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung von Postkosten und bürgerlichen Darlehen sowie zur Bildung eines Bürgerschaftsfonds bereitgestellt hat. Der Reichstag kann nach Ansicht des Rates, auch wenn vom Reichlichen Landtage zu der in Vorbereitung befindlichen Gesetzesvorlage noch keine Stellung genommen worden ist, doch als feststehend angesehen werden, daß es keinem Zweifel unterliegen kann, daß — entsprechend einem Beschlusse des Bundesrats vom Ende Oktober — von den zur Abbildung der Postkostenübernahme erforderlichen Postkostenzuschüssen das Reich die Hälfte und der sächsische Staat ein Viertel übernehmen wird. Der Rat hält es deshalb nicht nur für angängig, daß die Stadtgemeinde auch ihrerseits hierzu bereits Stellung nimmt, sondern auch im Interesse des möglichen raschen Fortgangs der erforderlichen und sehr umfangreichen Vorarbeiten für die zur Erzielung der Kleinwohnungen nötigen Bauvorhaben und für die deshalb mit den Beteiligten abzustimmenden Verhandlungen dringend erwünscht.

Nach alledem hat der Rat beschlossen: 1. unter der Voraussetzung, daß Reich und Staat sich an der Deckung des verbleibenden Mehraufwandes für Kleinwohnungsbauten zu drei Vierteln beteiligen, städtische Postkostenzuschüsse hierzu bis zum Gesamtbetrag von 7 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen; 2. zur Beleihung von Kleinwohnungen zu zweifelhafte Hypotheken den Betrag von 10 Millionen Mark bereit zu stellen mit der Forderung, daß an die Stelle der Darlehensgewährung die Bürgerschaftsübernahme treten kann; 3. Die Stadtgemeinde mit 100 Gleichanteilen ihren Teil von 100 M. unter Liebernahme der Haftung von je 2000 M. zu einem Geschäftsanteil zu beteiligen. Ein Unterausschuß

hat die Bedingungen festzustellen, unter welchen künftig die Ausleihung zweiter Hypotheken auf Kleinwohnungsbauten zu erfolgen und unter welchen städtische Postkostenzuschüsse zu gewährt sind.

## Der Bezirksausschuß Dresden-Neustadt

hielt am Mittwoch nachmittag eine öffentliche Sitzung ab, an der als Vertreter des Arbeiterrats die Genossen Stadtrat Braune (Kadeberg), Kranke (Reußen) und Kamp (Reichenberg) teilnahmen. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Berordnung des Gesamtministeriums über das neue Gemeindevahlrecht. Die Berordnung hebt bekanntlich die bisherigen Stadtverordnetenvertretungen auf und ordnet Neuwahlen an, die noch im Dezember erfolgen sollen, und zwar an einem Sonntage. Der Berichterstatter, Regierungsrat v. Schönborg, dem sich der Amtshauptmann Graf Castell und der Bürgermeister von Kadeberg anschlossen, behauptete nun, daß die Berordnung an verschiedenen Unklarheiten leide. So sei es zweifelhaft, ob lediglich die Gemeindevorstände neugewählt werden sollen, oder ob auch der Gemeindevorstand und der Gemeindevorstand unter diese Vorschriften fallen. Vor allem aber wurde die Berordnung technisch für un durchführbar bezeichnet. Es sei ganz ausgeschlossen, die Wählerlisten bis nächsten Sonntag fertigzustellen, was aber der Fall sein müßte, wenn sie vier Wochen ausliegen sollte, da die Wahl spätestens Sonntag den 29. Dezember stattfinden müßte.

Bürgermeister Dr. Wose meinte, die Regierung hätte vorher unbedingt Gemeindevorstände hören sollen. Gegen das hier eingeschlagene Verfahren müsse Berwahrung eingelegt werden. Dasselbe gelte auch von der

Einführung der achtstündigen Arbeitszeit deren Wirkungen tiefeneinschneidender Art seien. Die Gasanstalt in Kadeberg müsse zwölf Arbeiterinnen mehr einstellen und habe eine jährliche Mehrausgabe von 20 000 M. Die Folge würde eine Erhöhung der Gaspreise sein. Wir alle — so sagte der Herr — stehen auf dem Standpunkt, daß die Berordnung des Gesamtministeriums lokal durchzuführen ist, und ich bin gewiß der Letzte, der positive Resistenz treiben will, aber etwas Rücksicht auf die Lage der Gemeindeverwaltungen sollte doch genommen werden. Und der Amtshauptmann sprach von einer Art Gesetzesmacheri, die einfach technisch un durchführbar sei. Dabei hatte er auch das Geseh über die Erwerbslosenfürsorge im Auge, das erst am 27. November veröffentlicht worden sei, während es am 25. November schon im Kraft treten sollte. Die Herren beruhigten sich indessen, als ihnen von anderer Seite mitgeteilt wurde, daß höchstwahrscheinlich für die Vornahme der Gemeindevahlen eine Fristverlängerung bewilligt werden wird.

Zu einer längeren Debatte, an der sich auch die Mitglieder des Arbeiterrates beteiligten, führte auch die Frage des Wegfalls der Besserstellung der Schwer- und Schwerf. Arbeiter in Bezug auf die Ernährung.

Es wurde über eine tags zuvor stattgefundene Konferenz der maßgebenden Stellen mit Vertretern der organisierten Dresdner Arbeiterschaft berichtet, die sich dafür erkärt hat, daß alle Zulagen mit Ende der laufenden Brotzeitreihe wegfallen sollen (mit Ausnahme der Zulagen für die Bergarbeiter unter Tage und die Schwerstarbeiter). Der Bezirksausschuß stimmte dem zu.

## Zur Frage der Postzeitstunde.

In Berlin wird im Anschluß an die angeführten Maßnahmen zur Erhöhung von Kohlen das Postzeitstundum die Postzeitstunde für alle Post- und Schankwirtschaften auf 9 Uhr herabgesetzt. Ferner wird der Verkauf von Wein und Branntwein überhaupt untersagt. Die Regelung der Spielzeit der Theater und Kinos wird in Verbindung mit dem beschlossenen 5-Uhr-Geschäftsschluß noch besonders festgesetzt werden. Sie werden höchstwahrscheinlich früher beginnen und zeitiger schließen müssen.

Bermischte Nachrichten. Zum Moed in Bieschen. Durch die weiteren Erörterungen ist festgestellt worden, daß der Detailarbeiter Alfred Schüller der erkrankten Frau Wöge eine goldene Damenuhr mit langer goldener, mit Schieber versehenen Kette sowie ein Paar kleine goldene Ohrringe mit je einem kleinen roten Stein gerast hat. Er trägt demnach einen ebenfalls aus der Wohnung entwendeten blauen Herrenanzug. — Zwei Einbrüche in Lebensmittelgeschäfte erfolgten in der Nacht zum 27. November. Aus einem Geschäft der Hauptstraße fehlten Einbrecher Nahrungsmittel, wie Eier, Butter, Mehl, Brot, Kollern, Buchstaben und Wurst im Wert von 1000 Mark. Die Menge der Waren war so groß, daß zur Beendigung annähernd ein Tag in Anspruch wurde. — Ferner drangen Diebe in das Wätereisgeschäft von Jurek, Altpflanzen 2, ein und nahen 50 Pfund ausgewasene Butter und 300 Eier. Zum Verschleppen benutzten sie zwei kleine Gefäße von brauner und weißer Farbe.

## Aus der Umgegend.

Kalsch. Freitag Verkauf von Nährmitteln auf Abschnitt A der Nährmittellieferung vom 27. Oktober bis 28. November. Es erhalben u. a. Kinder unter 4 Jahren 1/2 Pfund Zwieback für 84 Pf.; Kranke und Schwache können im Konsumverleih ebenfalls 1/2 Pfund Zwieback erhalten, jedoch nur auf ärztliche Verschreibung.

Reuditz-Neustadt. Freitag abend 7 1/2 Uhr Gemeinderatssitzung.

Wittwer. Am Montag fand erstmalig eine Gemeindevorstandssitzung statt unter Vorsitz des ausgiebigen Amtleiters des in der letzten Gemeindevorstandssitzung neu gewählten Arbeiters. Die Anwesenden demochten nicht alle erschienenen Interessenten zu lassen. Die Gemeinde hat vom Stadtbürgermeister ein Geldband gefaßt, um es zu Bauzwecken zu verwenden. Damit das Land bis zu seiner Beendigung nicht unbenutzt liegen bleibt, wird es in Portionen zu 200 Quadratmeter und weniger eingeteilt, um es als Schrebergärten zu verpachten. Pachtingebote werden schon jetzt im Gemeindevorstand entgegengenommen.

Zur Durchführung der Erwerbslosen-Unterstützung wird beschossen, sich mit den freien Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, um diesen die Kontrolle über die Arbeitslosen und die Auszahlung der Gelder zu überlassen. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus dem Gemeindevorstandsmittglied Diebler und dem Arbeiterratmitglied Starke.

Zur Durchführung der Erwerbslosen-Unterstützung wird beschossen, sich mit den freien Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, um diesen die Kontrolle über die Arbeitslosen und die Auszahlung der Gelder zu überlassen. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus dem Gemeindevorstandsmittglied Diebler und dem Arbeiterratmitglied Starke.

Es ist auf bekannt gemacht worden. Die jetzt bestehende Kundenliste soll abgeklärt werden, es soll den Einwohnern frei stehen, in welchem Geschäft sie ihre Lebensmittelkarten beliefern lassen wollen. In der Kohlen- und Lebensmittelversorgung soll auch der neu gewählte Arbeiterrat helfend und fördernd eingreifen. Wünsche und Beschwerden sind daher an dessen Mitglieder zu richten. Die Arbeiten der Arbeiterratmitglieder sind schon am vergangenen Samstag in dieser Zeitung bekanntgegeben worden.

Die Braunkohlenverteilung betreffend, sei hierdurch folgendes im besonderen bekanntgegeben: Es erhalben vorläufig nur solche Einwohner Braunkohlen oder Pellets, die wirklich gar keinen Bestand an Kohlen haben, der nur noch wenige Tage ausreicht. Zur Kontrolle solcher Einwohner haben sich die Mitglieder des Arbeiterrats bereit erklärt, daß die gesamte Kontrolle in jedem einzelnen Falle (Kohlenbesitz u. s. m.) durchgeführt werden muß. Wer also keine Kohlen zur Verfügung hat, muß sich bei dem Arbeiterratmitglied Karl Jurek, Dresden, Straße 23, in eine Liste eintragen lassen und hat dann sündlich eine Kontrolle seines Bestandes zu erwarten. Es wird strikte durchgesetzt, daß hier keine Bevorzugungen stattfinden sollen, sondern lediglich die genannten Verteilungen und Interessen der Einwohner wahrzunehmen werden sollen. Die heute oder morgen zu erwartende Kohlenverteilung wird also von Herrn Kohlenbesitzer Müller nicht von der Liste der Kohlenbesitzer, sondern nach dem Stand des Herrn Müller als eigener Bestand für solche, die gar keine Kohlen haben, vorgelesen. Bestätigung des Herrn Müller bei der Abgabe der Kohlen möchten im Interesse der Verteilung seitens der Einwohner unterbleiben, da sich der Arbeiterrat mit der Kohlenverteilung circa 2 1/2 Stunden in der Verammlung beschäftigt hat und die Interessen der Einwohner einzig und allein wahrnimmt. Die Kohlenfrage ist eine überaus schwierige Sache, und bitten wir um das Vertrauen der Einwohner. Diese wichtige Gemeindevorstandssitzung fand erst gegen 2 Uhr nachts ihr Ende.

Zur Nichtabstellung der Adressen des Arbeiterrats in der Samstagabend Nummer dieser Zeitung muß es hinter dem Namen Rudolf Seifert, Dresden, Straße 32 heißen, nicht, wie angegeben, 62.

Wohlhappet. Kohlenbezugsausweise, lautend auf Nr. 1601 bis 2800, sind zur Verteilung am 28. und 29. November in der Kohlenverteilungsstelle von Paul Herrmann, Kantarier, Straße 7, vorzulegen.

Döhlen. Nach der Berordnung des Gesamtministeriums vom 23. November 1918 hat eine Neuwahl der Gemeindevorstände stattgefunden. Als Wahltag und Wahlzeit wird Sonntag der 29. Dezember 1918, mittags von 12 bis nachmittags 6 Uhr, bestimmt. Nach den ordnungsgemäßen Bestimmungen sind neun Gemeindevorstände zu wählen. Die Gemeinde ist in drei Wahlkreise eingeteilt. Der 1. Wahlkreis umfaßt die Hauptgrundstücke, die rechts der Eisenbahnlinie (Dresden-Tharandt) (Walden) liegen, und der 2. Wahlkreis diejenigen Hauptgrundstücke, die links der Eisenbahnlinie (Kadeberg) liegen. Als Wahlleiter werden bestimmt für den 1. Wahlkreis: Herr Gemeindevorstand Heinrich, Herr Schuldirektor Mühlberg als Stellvertreter; für den 2. Wahlkreis: Herr Kaufmann Max Rudmann, Herr Kaufmann Edmund Weidert als Stellvertreter. Die Wahl findet am 1. Bezirk im Rathaus, und im 2. Bezirk in der Schankwirtschaft Arun zu am grünen Kranz. Die Wahllisten für beide Bezirke liegen vom 1. Dezember d. J. an acht Tage lang im Rathaus (Vollständig) zu jedermanns Einsicht aus. Einsprüche gegen die Listen sind bis zum 9. Dezember 1918 unter Vorlegung eines geeigneten Beweismittels schriftlich oder zu Protokoll anzubringen. Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen, die Deutsche sind, das 20. Lebensjahr vollendet haben und am Tage des Wahlschlusses der Wahllisten (29. Dezember 1918) im Gemeindevorstand ihren wohnortlichen Wohnsitz haben. Die Wählerliste nach dem Grundzuge der Verhältnismäßigkeit mit gebundener Liste soll die Wahlberechtigten bis zum 9. Dezember 1918 bei dem Gemeindevorstand einzureichen. Sie haben die Namen von 9 wählbaren Personen zu enthalten. Im übrigen wird auf die Berordnung des Gesamtministeriums vom 23. November 1918 und auf das Gesetz vom 24. August 1918 (RGG. S. 1074) verwiesen. — Der Abstimmt 8 der Lebensmittelkarte Nr. 9 wird in den Geschäften von H. Friedrich, Grogg, Hauptmann, Kuntlich, Müller, Schüle und Wilt sowie in der 67. und 70. Verkaufsstelle des Konsumvereins mit 150 Gramm Sauerkraut zum Preise von 33 Pf. für 1 Pfund geliefert.

Walden. Freitag den 29. November Verteilung von Seltene und Speisekartoffeln in der neuen Schule. Seltene Pfund 45 Pf., Speisekartoffeln Pfund 12 Pf.

Kadeberg. Auf die Lebensmittelkarte Nr. 11/13 Kunstbrot, gegen Lebensmittelkarte Nr. 11/14 Einheitsware und gegen Lebensmittelkarte Nr. 11/15 Hauptbrot entnommen werden. Der Verkauf des Kunstbrot und der Einheitsware erfolgt von Donnerstag, den 29. November an innerhalb drei Tagen in sämtlichen Geschäften, wo die Eintragung in die Kundenliste erfolgt ist. Der Landläche hingegen erfolgt der geringen Menge nur in der Adler-Drogerie und bei Herrn Köbel. — Kriegsküche. Freitag den 30. November, vormittags von 8 bis 12 Uhr, an die Familien mit den Anfangsbuchstaben A bis L, Sonnabend den 30. November, vormittags von 8 bis 12 Uhr, an die Familien mit den Anfangsbuchstaben M bis Z Ausgabe der für nächste Woche gültigen Zeitkarten für die Kriegsküche im Gemeindevorstand, Zimmer 5.

Kadeberg. Die Ausgabe der Zeitkarten für die Zeit vom 1. bis 21. Dezember findet in sämtlichen Bezirken Freitag den 29. November, vormittags von 10 bis 12 Uhr, statt. Alle noch übergebene hier ausstehenden Familien und Umlieferer haben ihre Zeitkarten im Gemeindevorstand, Zimmer 1, während der oben genannten Zeit in Empfang zu nehmen. Protokolle werden nur auf Einreichung verabfolgt.

Kadeberg. Die Abstimmt „Q“ der Landbesitzerkarte werden von Freitag den 29. November an mit je 8 1/2 Gramm Butter geliefert. Der Preis für ein Pfund beträgt 4 55 M. — Der Wänergelegenverein Einigkeit hält Freitag eine Mitgliederbesammlung ab, in der beschlossen werden soll, daß der Verein seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Alle langedulstigen Genossen und Gemeindevorstandsmittglieder möchten erscheinen.

Kadeberg. Verkauf von roten Hähnen, Donnerstag den 28. November, nachmittags von 2 bis 4 Uhr, am Bahnhof an der Viehränge. Bezahlung an der Kasse. Der Preis für einen Hahn beträgt 16 M.

Ortung. Für die Sozialistische Partei Sachsen gingen ein: Von Ingenieur durch Sandermann 5000 M. Hiltz.

Ortung. Zu 1. Wahlfonds von min. 3 M. durch Fischer, O. Kühn.

Ortung. Für den Kampf um Frieden und Freiheit gingen ein von Dr. Sack 100 M. O. Kühn.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Ortung. Für den Wahlfonds gingen ein: 30.— M. von C. Sch. durch J.; 10.— M. von O. Gr., Hauptstraße.

Teleph. 1438. A 14. Linien 8 u. 7. **ymians halia heater**. Gölitzer Str. 8. Anfang 8 Uhr. Sonntag 2 Vorstell. Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenabst. Vorverkaufsstelle: Wöhlert & Schreyer, Markt, 2111.







**Meister und Vorarbeiter**  
für Waggonbau und Reparatur gesucht.

**Waggonfabrik Heine & Holländer, S. N. Elze (Han.)**

**Gas- u. Betriebschloffer**  
wird in dauernde Stellung sofort gesucht.

**Städtisches Gastwirt Pöhlwein**

**Eischränke**  
Für die Fabrikation dieses Artikels wird ein tüchtiger

**Fachmann**  
als **Betriebsleiter**  
gesucht. Ausführl. Offert. unter Gl. Nr. 1819 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. [S 350]

**Elektromonteur**  
zur Überwachung und Instandhaltung unserer Licht- und Antriebsanlage gesucht.

**Höntsch & Co., Dresden-Niedersedlitz**  
unweit Substation Reich der Linie 9.

**Stellmacher, Schlosser und Schmiede**  
gesucht.

**Waggonfabrik Heine & Holländer, S. N. Elze (Han.)**

**Gastwirt Dresden-Reid**  
sucht

**Hofarbeiter, Ofenarbeiter, Schlosser. Arbeiter**  
für sofortigen Antritt gesucht.

**Jata-Werk G. m. b. H., Dresden**  
Sandbühlstraße, Bahnhofsstraße 3.

**Nebenverdienst!**  
auch Hilfe beim Wiederaufbau d. Ggitzeng, dauerndes, hohes Einkommen. Keine Versicherungen! Kein Verkauf von Bekannte! Keine Schreibarbeiten! Bequem im Hause! Ganz neue Wege! Viele Anerkennungen. Verlangen Sie Prospekt Nr. 104 von Adress: Schleichbach 124, Dresden-N. 1. [S 333]

**Schlosser- u. Formerlehrlinge**  
bei Zulassung gründlicher Ausbildung werden eingestellt.

**Höntsch & Co., Dresden-Niedersedlitz**  
unweit Substation Reich der Linie 9. [S 331]

**Schneiderinnen**  
Maschinen- und Handarbeit, für dauernde Beschäftigung gesucht. [B 1549]

**Robert Eger & Sohn.**

**Zeitungsträgerin**  
für einen Teil der Südvorstadt gesucht.

**Zu melden im Konsumverein Schnorrstraße.**

**Töchl. Hausierer oder Hausierer**  
s. Notbehörden, meist. leichten, verlässl. Gebrauchszettel für alle Fälle (s. gef. Sucht. Angeb. u. T. 100 a. Hausenstein & Vogler, Dresden, Mühlentorstr. 1. [S 128]

**Dachdecker**  
s. Notbehörden, meist. leichten, verlässl. Gebrauchszettel für alle Fälle (s. gef. Sucht. Angeb. u. T. 100 a. Hausenstein & Vogler, Dresden, Mühlentorstr. 1. [S 128]

**Rino-Regitator**  
s. Notbehörden, meist. leichten, verlässl. Gebrauchszettel für alle Fälle (s. gef. Sucht. Angeb. u. T. 100 a. Hausenstein & Vogler, Dresden, Mühlentorstr. 1. [S 128]

**Aufruf zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit**  
**Der Zentral-Arbeitsnachweis**

richtet an alle staatlichen, städtischen und gewerblichen Betriebe der Industrie und des Handels sowie an alle privaten Arbeitgeber die dringende Bitte, Arbeitsaufträge an den völlig kostenlosen Zentral-Arbeitsnachweis für den Bezirk der Kreis-Hauptmannschaft Dresden, Gartenstraße 17, zu richten, da die Zahl der männlichen und weiblichen Arbeitslosen besonders infolge der Heimkehr der Anleger sich täglich stark vermehrt. Der Zentral-Arbeitsnachweis vermittelt gelernte und ungelernete männliche und weibliche Arbeitskräfte jeder Art. Fernsprech-Nr. 25 981.

**Sehr preiswert:**  
**Pelzgefütterte Mäntel**  
**Goldmann**  
Spezialhaus ersten Ranges für Damenkleidung  
am Altmarkt, König-Johann-Straße

**ACHTUNG!!**  
Infolge der Verkehrseinschränkung der Straßenbahn wird allen Fahrradbesitzern dringend empfohlen, ihre Räder mit „Arena“-Bereifung montieren zu lassen. Ihre Räder mit „Arena“-Bereifung montieren zu lassen. Der Preis ist **etwa** jedes Kontarroz. Vorzugspreis: **M. 28,50** einschl. Montage für ein kompl. Rad. Annahmestellen:  
Falkenstraße 10, Maschinenfabrik Tittel, Tel. 21 072  
Rosenstraße 35, H. G. Schumann, Tel. 21 784  
Ernststraße 38, H. G. Schumann, Tel. 21 784  
Münchener Straße 9, G. Wolfmann, Tel. 18 272  
G. Wolfmann, Dresden-A. 24, M.-Str. „Arena“, M. 18 272.

**Räder werden sofort montiert!**

**Film-Aufbildung**  
hochkünstlerische, durch den bekannten Berliner Regisseur, Antraten unter Filmkunst L. 276 an Hausenstein & Vogler, Dresden, Altmarkt, ev. [S 128]

**Diener**  
in herrsch. Haush. eintreten werden junge Leute n. 4-möchl. Unterzahl. Wohlverh. freil. [B 1427]

**Antennen-Verpachtung**  
Die Antenne im Grenz-Hermanns-Bad in Lauenburg soll für die Winterzeit 1918 verpachtet werden. Sachangebot im Versteigerungstermin am 4. Dez. schriftlich einreichen. Versteigerung im Gemeindegemeinschaften. Schwerdungen die bis zum 15. Dez. ohne Antwort sind gelten als abgelehnt. [B 1548] Die Badverwaltung.

**Erdarbeiter**  
drei bis vier Mann, stellt für nachhergeh. Arbeiten (s. ein Gartenstadt-Verwaltung Kelleran, Breiter Weg 61, 2 bis 5 Uhr nachm. [S 47]

**Sächsische Staats-Lotterie.**  
Im 2. Quart. Fall. Mark:  
800 000  
500 000  
300 000  
200 000  
150 000  
100 000  
Ziehung 1. Klasse: 4. u. 5. Dezember.  
Lose empfiehlt und veredelt die Hauptlotterie-Gesellschaft  
**Wilhelm Barhol**  
Dresden-N., Oppellstr. 35  
Postfachkonto Leipzig 33 336.

**Rutcherpelz**  
auch ohne Leder, zu fast. gef. Sucht. Angeb. u. T. 100 a. Hausenstein & Vogler, Dresden, Mühlentorstr. 1. [S 128]

**Neueste Schinger in Schallplatten**  
**Otto Friebe**  
Ziegelstraße 13  
Edmund Steinbr. [S 181]

**Barflechten - Hautfehler**  
beseitigt M. Herings D.-N.-P. „Kumar“ und „Leda“  
und Herings D.-N.-P. „Kiel“  
Mittelpolipide Unternehmung. Haut, erweist sich, gegen Einwirkung von 1.00 St. und mündlich jeden Tag  
**Friedrich Schmidt, Dresden-N., Albrechtstr. 20, 1.**  
Hilber Albrechtstr. 49, 1. Fernruf 19 989. [W 49]

**Karbid-Tischlampen**  
**Karbid-Leuchter**  
in großer Auswahl von 3,50 Mark an  
hochwertige Bedienung. [B 1542]

**Dauerkerzen**  
mit Brennstofflösung v. 75 Pf. an  
Verkauf von  
markenlosem Karbid  
**1. Naustädter Fahrradhaus**  
**Alfred Kallich**  
König-Albert-Straße 18, am Circus

**Rechtsanwalt Dr. Portius**  
Schloßstraße 1  
hat seine Praxis nach erfolgter Rückkehr aus dem Heeresdienst wieder aufgenommen. [S 128]

**Augenarzt Professor Best**  
nimmt seine Praxis wieder auf. **Prager Str. 17.**  
11 bis 1. 3 bis 4 Uhr. [S 283]

**Rudolf Moritz Zukunfi**  
findet die Verlobung Sonntag den 1. Dezember 1918, 8 Uhr nachmittags, auf dem St.-Katharinen-Friedhofe in Vorstadt Pieschen statt. [B 1935]

**6. Kreis: Gorbitz, 3. Bezirk.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Gensfin **Elsa Beyer** verstorben ist. [S 454]

**Frau Olga Metzner geb. Wanzler**  
sagen wir allen den herzlichsten Dank!  
Leben (Wohnhoffstr. 17), den 28. November 1918.  
Guter Will. Richter und Kinder nebst übrigen Verwandten.

**Umarbeitungen**  
S 177 von  
**Pelz- und Samthüten**  
werden bei bekannt guter Ausführung und billigster Preisberechnung angenommen.  
Eine Riesenauswahl allerneuester Formen zum Überziehen, bekannt preiswert, halten am Lager.

**Radeberger Hutfabrik**  
Dresden-A., Moritzstraße 3  
Größtes Spezial-Huthaus am Platze

**Harmonikas**  
deutsche und böhmische, ein- und dreistimmig, große Auswahl.  
Kremer 20 übrige Konzertinad.  
Mundharmoniken, vierstimmige Sprech-Apparate, Familienharmonikas zu billigen Preisen.  
**H. Schwenke**  
Albrechtstr. 39, p. [B 1472]

**Milchpilze**  
getrocknete, billigst a. d. Bert. bei **Pollmann, Fleißerborsdorf** i. d. ober Hauptmarktstraße, St. 207. [B 1977]

**Karbid-Lampen und -Laternen**  
ableitet ungel. gut, brauchbare Lampen von 4,75 M. an. Kerzen für jeden Brennstoff geeignet, nur 25 Pf.  
**Otto Graichen**  
Kronenstraße 15  
Zentraltheater-Passage.

**Winterhüte**  
Impressen - Färben in bester Ausführung  
**Damenhüte G. Götze**  
fabrik  
48 Hauptmarktstraße 48  
Höhe Pieschenstraße. [B 1821]

**Gummiwaren**  
Sauger, Sch. Krebse, Unterlagen säm. n. natürl. Artikel [S 44]

**Frau Heusinger**  
Am See 37 38

**Rechtsanwalt Dr. Portius**  
Schloßstraße 1  
hat seine Praxis nach erfolgter Rückkehr aus dem Heeresdienst wieder aufgenommen. [S 128]

**Augenarzt Professor Best**  
nimmt seine Praxis wieder auf. **Prager Str. 17.**  
11 bis 1. 3 bis 4 Uhr. [S 283]

**Rudolf Moritz Zukunfi**  
findet die Verlobung Sonntag den 1. Dezember 1918, 8 Uhr nachmittags, auf dem St.-Katharinen-Friedhofe in Vorstadt Pieschen statt. [B 1935]

**6. Kreis: Gorbitz, 3. Bezirk.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Gensfin **Elsa Beyer** verstorben ist. [S 454]

**Frau Olga Metzner geb. Wanzler**  
sagen wir allen den herzlichsten Dank!  
Leben (Wohnhoffstr. 17), den 28. November 1918.  
Guter Will. Richter und Kinder nebst übrigen Verwandten.

**Rechtsanwalt Dr. Portius**  
Schloßstraße 1  
hat seine Praxis nach erfolgter Rückkehr aus dem Heeresdienst wieder aufgenommen. [S 128]

**Augenarzt Professor Best**  
nimmt seine Praxis wieder auf. **Prager Str. 17.**  
11 bis 1. 3 bis 4 Uhr. [S 283]

**Rudolf Moritz Zukunfi**  
findet die Verlobung Sonntag den 1. Dezember 1918, 8 Uhr nachmittags, auf dem St.-Katharinen-Friedhofe in Vorstadt Pieschen statt. [B 1935]

**6. Kreis: Gorbitz, 3. Bezirk.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Gensfin **Elsa Beyer** verstorben ist. [S 454]

**Frau Olga Metzner geb. Wanzler**  
sagen wir allen den herzlichsten Dank!  
Leben (Wohnhoffstr. 17), den 28. November 1918.  
Guter Will. Richter und Kinder nebst übrigen Verwandten.

**Rechtsanwalt Dr. Portius**  
Schloßstraße 1  
hat seine Praxis nach erfolgter Rückkehr aus dem Heeresdienst wieder aufgenommen. [S 128]

**Augenarzt Professor Best**  
nimmt seine Praxis wieder auf. **Prager Str. 17.**  
11 bis 1. 3 bis 4 Uhr. [S 283]

**Rudolf Moritz Zukunfi**  
findet die Verlobung Sonntag den 1. Dezember 1918, 8 Uhr nachmittags, auf dem St.-Katharinen-Friedhofe in Vorstadt Pieschen statt. [B 1935]

**6. Kreis: Gorbitz, 3. Bezirk.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Gensfin **Elsa Beyer** verstorben ist. [S 454]



